

# Jetzt haben wir es in der Hand – nutzen wir diese Chance!

1986, als das aktuell gültige Jagdgesetz in Kraft trat, gab es in der Schweiz keine Wölfe. 1995 wanderten die ersten Exemplare wieder ein. 2010 streunten fünf Wölfe durch unser Land und 2019 waren bereits 80 Tiere unterwegs – Tendenz steigend. Letztes Jahr gab es in der Schweiz acht Rudel; dieses Jahr sind bereits zehn Rudel unterwegs. Gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen werden wir in der Schweiz alle zwei bis drei Jahre mit einer Verdoppelung der Wolfspopulation rechnen müssen. Ohne Regulierung wird sich der Wolf in der Schweiz flächendeckend ausbreiten. Wird die Ausbreitung nicht gesteuert, könnten es in einigen Jahren bald 50 bis 100 Rudel mit mehreren Hundert Wölfen werden!

**«Ohne Regulierung  
wird sich der Wolf  
in der Schweiz flächen-  
deckend ausbreiten»**

Ohne Regulierung wird dieser Wolfsbestand dann in der Schweiz flächendeckend zu Problemen führen; nicht nur im Berggebiet, sondern auch in den Agglomerationen. Die steigende Zahl dieser Grossraubtiere führt nämlich schon heute immer öfter zu Konflikten mit der Landwirtschaft, mit Jägern und mit der Bevölkerung. Der Wolf verliert zunehmend die Scheu vor dem Menschen und kommt immer näher an die Siedlungen heran. Zum Teil sucht er sogar schon in bewohnten Gebieten nach Nahrung. Das ist für die Menschen, die dort leben, nicht mehr tragbar.



FRANZ RUPPEN  
NATIONALRAT SVPO

Die Präsenz der Wölfe hat auch negative Auswirkungen auf den Tourismus. So wurde der Wolf nicht nur in der Gegend von Täsch/Zermatt, sondern auch neben einem Kinderskilift im bündnerischen Obersaxen sowie auf einer Skipiste in Flumserberg SG gesichtet. Zum Schutz von Schafherden werden Herdenschutzhunde eingesetzt. Gegenüber Wandernern reagieren diese Herdenschutzhunde allerdings oft aggressiv. Immer wieder kommt es deshalb zu un schönen Begegnungen zwischen Zwei- und Vierbeinern.

Am stärksten betroffen von der Anwesenheit der Wölfe sind die Schafzüchter. Sie investieren sehr viel Herzblut und arbeiten meist in der Freizeit. Aber wie lange noch, wenn an der heutigen Situation nichts geändert wird? Herdenschutzmassnahmen wie Hirten, Herdenschutzhunde, Nachtpferche, Schutzzäune etc. sind mit einem unzumutbaren finanziellen und personellen Aufwand verbunden. Zudem erfolgen Wolfsrisse sehr oft auch auf geschützten Alpen, wie gerade in der letzten Woche auf einer Alpe bei Emmbd. Mehrere Schafzüchter haben angesichts der Übergriffe in geschützten Weiden den Betrieb bereits vollständig eingestellt. Mit der Folge, dass ganze Talschaften gar nicht mehr bewirtschaftet werden. Diese Gegenden drohen zu verwildern und zu verganden. In diesem Zusammenhang hat Daniel Steiner, Präsident des Oberwalliser Schwarznasenschafzuchtverbands, vor ein paar Tagen im WB die richtige Frage gestellt: «Was die Biodiversität und den Erhalt der Berggebiete angeht, stellt sich die Frage, wer hat all die Jahre mehr dazu beigetragen, die Landwirtschaft im Berggebiet oder der Wolf, welcher bis 1995 verschwunden war?» Die Antwort liegt wohl auf der Hand...

Und noch was – es geht beim revidierten Jagdgesetz nicht nur um den Wolf. Es geht auch um die Zukunft des Berggebiets. Wir sind kein Naturreservat für Städter, die Wölfe und andere Grossraubtiere im Berggebiet als nötig und «herzig» empfinden. Nein, das Berggebiet ist unser Lebens- und Wirtschaftsraum!

Jetzt haben wir es in der Hand, mit der Abstimmung über das revidierte Jagdgesetz eine massvolle Regulierung der Grossraubtiere durch die Kantone zu ermöglichen. Wir müssen nun aber die Städter für unser Anliegen sensibilisieren und massiv mobilisieren! Nutzen wir diese Chance. Sonst gibt es dann wieder ein böses Erwachen wie bei der Abstimmung über die Zweitwohnungsinitiative!

ECHO VOM BERG

## Bregys Kurzschluss

WB-Chefredaktor Armin Bregy höchstpersönlich hat in der Dienstagsausgabe die vielen stillen Gemeinderatswahlen zum Anlass genommen, um publizistisch zu einer neuen Treibjagd auf die kleinen Gemeinden zu blasen. Wie einst den McKinsey-Schülern in den Unternehmen fällt heute selbst besonnenen Journalisten politisch nicht mehr ein als: fusionieren, restrukturieren, deregulieren!

Selbstverständlich ist es demokratiepolitisch sehr unbefriedigend, wenn in der Hälfte der Oberwalliser Gemeinden keine Wahlen mehr stattfinden. Das sage ich als einer, der jetzt zum zweiten Mal selber «contre cœur» im Lehnssessel ins Amt geschaukelt wurde, weil Konkurrenz und Kritiker – die es weiss Gott gibt – leider nicht den Mumm oder die Musse haben, als Kandidaten anzutreten.

**«Es gibt ein Rezept  
gegen die Qual  
der stillen Wahl»**

Aber sollen wir deswegen die kleinen Gemeinden gleich wegfusionieren und das Ganze den Verwaltungstechnokraten ohne politische Verantwortung überlassen, wie es der WB in seinem Kurzschluss propagiert? Rücken wir doch die Grössenordnungen zurecht. In der kleinsten Gemeinde des Oberwallis sitzen zehn Prozent der Einwohner in der Regierung. Ich kenne kein öffentliches Gemeinwesen mit ähnlich ausgebauter Basisdemokratie. Wenn eine Gemeinde mit 250 Bürgerinnen und Bürgern immerhin fünf Kandidaten für den Gemeinderat auf die Reihe kriegt, sind das so viel, wie wenn es in Brig 240 wären, in Naters 200, in Visp 160 und in Leuk 80. Bei allen schönen Sechser-, Siebener- und Achterlisten sind es dort nur ein Bruchteil davon. Und auch in den Abstimmungen und Wahlen, wo vor allem die Zentrums-gemeinden ihre Pfründe verteidigen und entsprechend mobilisieren, fallen die kleinen Gemeinden mit der Stimmbeteiligung nicht ab. Im Gegenteil.

Apropos Gemeindedemokratie: Letzthin konnte man lesen, dass in Brig-Glis inklusive dem siebenköpfigen Stadtrat gerade mal 56 Personen an einer wichtigen Urversammlung teilnahmen. Mit einem Gemeinderat und einem geviertelten Bürger hätten wir diesen kläglichen Aufmarsch schon mehr als übertroffen. Wer behauptet, in den grossen Gemeinden herrsche Demokratie, verwechselt Sach- mit Sackpolitik. Es sind meistens nicht Ideen und Konzepte, welche überzeugen sollen, sondern Hülle und Fülle der Kampagnenkassen. Geld regiert mittlerweile auch unsere kleine Welt. So wie früher – und



BEAT JOST  
GEMEINDEPRÄSIDENT  
IN ALBINEN

teilweise auch heute noch – die schwarzen und gelben Clans, die sich alle vier Jahre mit ihren Rösslispelchen Haus um Haus, Familie um Familie politische Scheingefechte lieferten, die mit sehr vielem zu tun hatten, nur nichts mit Politik und Demokratie.

Jedenfalls sehe ich keine Anhaltspunkte dafür, die kleinen Gemeinden seien punkto Demokratie und Beteiligung rückständiger als die grossen. Was nicht heisst, dass wir nicht über mögliche Lösungen nachdenken sollten. Dazu vier Überlegungen:

Erstens: Das heutige Wahlsystem verführt dazu, dass man sich immer öfter hinter den Kulissen abspricht und nicht selten die amtierenden Gemeinderäte allein den ihnen passenden Rat zusammenbasteln, sodass sich niemand mehr aus der Deckung wagt. Das ist undemokratisch.

Zweitens: Wo funktionierende Parteien oder aktive Gruppierungen fehlen, macht ein Proporz- oder Verhältniswahlrecht wenig Sinn mehr, auch wenn es eine wichtige politische Errungenschaft der Minderheiten war und bleibt.

Drittens: Gemeinden wie beispielsweise Visperterminen, Simplon Dorf, Münster, Ernen oder Obergesteln haben in der Vergangenheit bewiesen, dass ein Majorz- oder Mehrheitswahlrecht durchaus funktionieren kann. Voraussetzung ist, dass das System offen ist und faktisch freiwillig ein Proporz respektiert wird, indem alle Kräfte im Dorf regelmässig zum Zug kommen und nicht ausgeschlossen bleiben.

Viertens: Die Einführung einer vorrangigen Listenhinterlegung auch im Majorzverfahren war ein gesetzgeberischer Fehler, der korrigiert werden muss. Denn diese Hinterlegung birgt die «Gefahr» in sich, dass mit einer überraschenden wie abstrusen Liste eine freie, offene Wahl zunichte gemacht und absurdum geführt werden kann.

Das Rezept gegen die Qual der stillen Wahl: In Proporzgemeinden wird, wenn nur eine Liste vorliegt, nach offenem Majorz ohne Listenhinterlegung gewählt. Genauso wie das in Majorzgemeinden wieder – wie früher – immer so sein sollte.

BLICK ZURÜCK

## Hoher Besuch



**Prinz zu Gast.** Zwischen August und September 1969 hielt sich Prinz Nobuhito Takamatsu, Bruder des japanischen Kaisers Hirohito, in der Schweiz auf und entdeckte mit seinem Gefolge Zermatt.